

Politik und Politisierung in der Erziehung

Von Suitbert Gammersbach OFM, Vossenack

I. FESTSTELLUNGEN

Die Tätigkeit der Schülermitverwaltung (SMV) wird in einigen Bundesländern in ständig wachsendem Ausmaß politisiert. Diese Politisierung hat inzwischen einen Grad erreicht, daß die Demokratie, zu deren Einübung die SMV doch da ist, bereits gefährdet ist. Am 18. und 19. Dezember 1971 trafen sich laut „SMV-press“, Ausgabe Nr. 1, Februar 1972, in Köln die Vorstände der Landesschülervertretungen von Hamburg, Bremen/Bremerhaven, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Hessen, um ihre Arbeit besser zu koordinieren. „Es wurde vereinbart, den gegenseitigen Informationsaustausch zu verstärken, um bundesweit auf sich abzeichnende Entwicklungen im Bildungswesen, z. B. die zunehmende Orientierung der Schulreform an den Profitinteressen des Kapitals, eingehen zu können. Gleichzeitig wollen die Landesverbände gemeinsam in größerem Umfang als bisher mit fortschrittlich-demokratischen Verbänden im Bildungswesen Kontakt aufnehmen.“ Näherhin ist von den vorhin genannten Vorständen der Landesschülervertretungen einem Koordinationsausschuß unter anderem folgende Aufgabe gestellt worden: „das Anstreben einer Zusammenarbeit mit den Bundesorganisationen der GEW, der DFU, der SPD, dem VDS und anderen.“

II. FRAGEN AN DIE LANDESVORSTÄNDE DER SMV

Angesichts dieser Tatbestände und Tendenzen müssen an die Vorstände der Landesschülervertretungen einige Fragen gestellt werden. Warum werden gerade diese Bundesorganisationen mit Namen ausdrücklich genannt, alle übrigen, zahlenmäßig zum Teil noch größere Organisationen aber in der Anonymität der Nur-anderen belassen? Lassen sich die betreffenden Landesvorstände der SMV von links engagierten Kräften außerhalb der Schülerschaft steuern? Oder aber brechen diese Landesvorstände bewußt die parteipolitische Neutralität der SMV? Zuerst die Schüler, aber dann auch die Lehrer und Eltern haben ein Recht darauf, daß diese Fragen beantwortet werden. Noch einmal: warum wird die GEW ausdrücklich genannt, und warum werden andere Lehrerverbände totgeschwiegen? Warum wird die DFU ausdrücklich genannt, nicht aber auch die FDP? Warum wird die SPD ausdrücklich genannt, nicht aber auch die CDU? Warum wird der VDS ausdrücklich genannt, nicht aber auch der „Bund Freiheit der Wissenschaft“? Sind nur die ausdrücklich genannten Bundesorganisationen „fortschrittlich-demokratisch“?

III. FOLGERUNGEN FÜR DIE SMV-ARBEIT

Die SMV ist von ihrer gesetzlich festgelegten Aufgabe und Zielsetzung her weder eine Jugendorganisation der GEW noch der DFU, noch der SPD, noch des VDS. Wohl aber hat die SMV für jede auf dem Boden des Grundgesetzes stehende Organisation in gleicher, und nicht in unterschiedlicher Weise offen zu sein. Die SMV darf sich nicht selbst zu einem politischen, dazu noch einseitigen Kampfinstrument machen, noch darf sie sich dazu machen lassen. Das ist nicht Einübung der Demokratie, das ist möglicherweise ein Attentat auf die Demokratie.

Die SMV hat für alle Schüler in gleicher Weise dazusein. Die SMV — auch das muß festgestellt werden — wird von den Steuergeldern aller Bürger finanziert. Im Landshaushalt 1971 sind für die überörtlichen Zusammenschlüsse der SMV in NRW 500.000,— DM bereitgestellt worden. Diese Gelder dürfen selbstverständlich außer zu sozialer, kultureller oder sportlicher auch zu politischer Aktivität verwendet werden, aber dies dürfte nicht zugunsten nur einer politischen Richtung geschehen. Geschieht das dennoch, dann hören Politik und Demokratie in der SMV auf; Politisierung und Manipulierung fangen statt dessen an.

In der „Programmatischen Erklärung der Kommunistischen Schülerfront“ (KSF) vom 12. 12. 1971 (Presserechtlich verantwortlich: K. Bucher) werden den linksradikalen Gymnasiasten (auch „Oberschüler“ genannt) folgende Anweisungen eingeschärft: „Die Basisgruppen sind die Träger des demokratischen Massenkampfes an der Schule! Durch die Klassenkollektive tragen wir die Kritik der bürgerlichen Ideologie vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus in den Unterricht . . . Bei unserer Haltung zur SMV gehen wir von der Auffassung aus, daß die Hauptseite kommunistischer Politik die Agitation im Unterricht und die Verbindung mit den Massen durch die Klassenkollektive ist und daß die Beteiligung an der SMV dieser Aufgabe untergeordnet sein muß.“ Weiter heißt es dann: wenn die SMV auch ein untaugliches Mittel zur Interessenvertretung der Schüler sei, so könne sie jedoch von den Kommunisten als Tribüne der Agitation ausgenutzt werden, und die Mitarbeit an der SMV könne so zu einer flankierenden Maßnahme der Kommunisten an der Oberschule werden. Übrigens wird — das sollte bundesdeutsche Sozialdemokraten wachrütteln — der damalige Staatssekretär und heutige Wissenschaftsminister Klaus von Dohnany in der „Programmatischen Erklärung der KSF als „treuer Lakei des westdeutschen Kapitals“ titulierte. Als Ziel des Kampfes in Schule und Unterricht wird von der KSF eine Parole Lenins ausgegeben: „Wir müssen dafür sorgen, daß die Leute, die eigentlich nur mit den Zuständen an der Universität“ (oder Oberschule) „unzufrieden sind, auf den Gedanken von der Untauglichkeit des gesamten politischen Systems gestoßen werden.“

IV. EINE POLITISIERTE SCHULE IST UNFÄHIG ZUR TOLERANZ

Ein konkretes Beispiel für eine Politisierung, die das politische Engagement der Schüler einseitig und überdies auch agitatorisch mobilisieren will, lieferte Hamburgs Landesschülersprecherin Birgit Radow vom „Marxistischen Schülerbund“ in einem Interview mit der „Hamburger Lehrerzeitung“, Nr. 2, 1971. Nicht, daß die Hamburger Landesschülersprecherin das in der DDR entwickelte Schulmodell „vorbildlich“ nennt, ist alarmierend, auch nicht, daß der „Marxistische Schülerbund“ an der Seite der DKP, der SDAJ und des MSB Spartakus „für eine antimonomopolistische Umgestaltung der Gesellschaft“ kämpft, alarmierend aber ist, daß die Landesschülersprecherin die politische Agitation in den Unterricht hineinbringen will. Der Reporter stellte an die Landesschülersprecherin folgende Frage: „Wie stehen Sie zu der Nichteinstellung von Lehrern, die einer radikalen Partei angehören?“ „Die DKP“, antwortete Birgit Radow, „ist eine zugelassene Partei, und deshalb besteht überhaupt keine Berechtigung, Mitglieder dieser Partei nicht in den Beamtendienst zu übernehmen.“ „Würden Sie“, so fragte der Reporter weiter, „diese Toleranz auch gegenüber Lehrern, die sich offen zu einer rechtsradikalen Partei, z. B. zur NPD, bekennen, aufbringen?“ Die Landessprecherin gab zur Antwort: „Ich würde den Lehrer in der Schule bekämpfen, z. B. durch Agitation im Unterricht.“ Wenn eine solche Einstellung zur Schule in unseren Schulen Schule macht, führt das unweigerlich zur politisierten Schule.

Eine politisierte Schule wird noch mehr, als wir dies heute schon an vielen bundesdeutschen Hochschulen erleben, die Bildungsarbeit in schwerer Weise belasten. Eine politisierte Schule ermangelt der für den Schulalltag notwendigen Sachlichkeit und Nüchternheit. Eine politisierte Schule kann sich jederzeit mit gefährlichen Emotionen aufladen, die leicht in Mißgunst, Verdächtigungen, Unterstellungen und Feindschaften quer durch die Reihen der Lehrer, Schüler und Eltern ausarten können. Eine solche Schule ist unfähig, zur Toleranz zu erziehen; überdies stellt sie eine unerträgliche Bedrohung der notwendigen Vertrauenssubstanz zwischen Lehrern, Schülern und Eltern dar.

V. POLITISCHE BILDUNG TUT NOT

Die sogenannte konfliktlose Schule ist ein Traumbild; die Schule hingegen, die ein Hort permanenter Unruhen sein will, führt sich als Bildungsanstalt selber ad absurdum, die Schule endlich, die die Revolution um des Kommunismus willen anstrebt, führt in den Einparteienstaat, führt in den Totalitarismus. Das aber ist das Ende einer freiheitlichen Demokratie. Ich rede nicht einer a-politischen oder gar einer anti-politischen Erziehung das Wort. Demokratie kann nicht ohne Erziehung zum

politisch mündigen Staatsbürger leben; wirklich mündige Staatsbürger aber werden politisch nicht uniform sein. Demokratie und Uniformität im Sinne politischer Meinungsmache und Meinungsäußerung schließen einander aus. Jeder Neuwähler sollte von seiner Schulbildung her wissen, daß es einen legitimen Spielraum zu freier politischer Entscheidung gibt, den er als Wähler ausfüllen darf und soll. Jede verantwortungsbewußte Erziehung weiß, daß der Mensch, so unverwechselbar und unwiederholbar als Individuum er auch sein mag, dennoch ein Gemeinschaftswesen ist, ein „zoon politikon“. Darum wird eine verantwortungsbewußte Erziehung ein klares Ja zum politisch gebildeten und zum politisch handelnden Menschen sagen, und darum wird eine solche Erziehung die politische Betätigung der einzelnen Schüler wie auch der SMV nicht nur dulden, sondern sie sogar wecken und fördern.

Ich fasse zusammen: eine politisierte Schule und Erziehung sind entschieden abzulehnen; eine zu politischer Entscheidung und Verantwortung hinführende Schule und Erziehung sind ebenso entschieden zu bejahen und zu fordern.